

Richtlinie zur Förderung von Seniorenbeauftragten und Seniorenbeiräten nach § 4 Abs. 3 des Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetzes

1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1.1 Der Freistaat Thüringen gewährt den Landkreisen und kreisfreien Städten nach Maßgabe dieser Richtlinie Zuwendungen für die Tätigkeit und Projekte der ehrenamtlich engagierten Seniorenbeauftragten und Seniorenbeiräte.

Die Förderung erfolgt auf der Grundlage von § 4 Abs. 3 des Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetzes (ThürSenMitwG) in Verbindung mit dieser Richtlinie sowie den §§ 23 und 44 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV).

Mit der Förderung sollen die Interessenvertretung und die Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren an gesellschaftlichen Prozessen umfassend ausgebaut bzw. verstetigt werden. Die Kommunen sollen darin bestärkt werden, Seniorenbeiräte zu bilden, ebenso wird ein Anreiz für die Landkreise und kreisfreien Städte geschaffen, Seniorenbeauftragte zu wählen und deren Arbeit zu unterstützen.

1.2 Die Fördermaßnahmen werden durch den Zuwendungsgeber einer Zielerreichungskontrolle (Controlling) gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 23 ThürLHO unterzogen.

Zur Umsetzung dieser Richtlinie sollen folgende – im erheblichen Landesinteresse gemäß § 23 ThürLHO stehenden - Ziele erfüllt werden:

- die Stärkung der Mitwirkungs- und Mitgestaltungsrechte von Seniorinnen und Senioren,
- die Förderung der aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen,
- die Verbesserung und Unterstützung des Zusammenlebens der Generationen sowie
- das Älterwerden in Würde und ohne Diskriminierung.

1.3 Zur Beurteilung der Erreichung der Ziele dieser Richtlinie sind insbesondere folgende Indikatoren zu erfassen:

- Art und Anzahl der geförderten Projekte in den Gebietskörperschaften,
- Anzahl der Seniorenbeiräte in den Gebietskörperschaften einschließlich der jeweiligen Anzahl der Mitglieder,
- Art und Anzahl der geförderten (Fach-)Veranstaltungen und Fortbildungen einschließlich der jeweiligen Anzahl der Teilnehmenden,
- Anzahl der Beratungsgespräche mit Seniorinnen und Senioren sowie Trägern der Seniorenarbeit.

1.4 Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht; über die Landesförderung wird nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel entschieden.

2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden die Tätigkeit und Projekte von gewählten Seniorenbeauftragten im Sinne des § 4 ThürSenMitwG sowie Seniorenbeiräten im Sinne des § 3 ThürSenMitwG.

2.1 Zur Tätigkeit der Seniorenbeauftragten gehören insbesondere

- die Unterstützung der Arbeit von Seniorenbeiräten,

- die Aufgabe, Ansprechpartner für Seniorinnen und Senioren zu sein,
- die Vertretung der Anliegen, Probleme und Anregungen von Seniorenbeiräten sowie Seniorinnen und Senioren gegenüber der kommunalen Verwaltung,
- das Wahrnehmen von Anhörungen vor Entscheidungen des Kreistags oder des Stadtrats, sofern überwiegend Seniorinnen und Senioren betroffen sind,
- die Abgabe von Stellungnahmen und Vorschlägen zu allen Fragen, die Seniorinnen und Senioren betreffen,
- die Vertretung der Interessen der kommunalen Seniorenbeiräte im Landesseniorenrat,
- die Zusammenarbeit mit den Seniorenbüros und Seniorenbeiräten sowie
- die Durchführung von Projekten auf dem Gebiet der Seniorenarbeit.

2.2 Zur Tätigkeit der Seniorenbeiräte gehören insbesondere

- die Aufgabe, Ansprechpartner für Seniorinnen und Senioren zu sein,
- die Beratung der Gebietskörperschaft in allen die Seniorinnen und Senioren betreffenden Fragen,
- die Erarbeitung und Abgabe von Stellungnahmen und Empfehlungen,
- die Unterstützung des Erfahrungsaustauschs zwischen den Trägern der Seniorenarbeit,
- das Wahrnehmen von Anhörungen vor allen Entscheidungen der kommunalen Vertretung, die überwiegend Seniorinnen und Senioren betreffen,
- die Durchführung von Projekten auf dem Gebiet der Seniorenarbeit.

3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind die Landkreise und kreisfreien Städte, in denen ein/e gewählte/r Seniorenbeauftragte/r tätig ist und/oder in denen mindestens ein Seniorenbeirat gemäß kommunaler Satzung die Interessen der Seniorinnen und Senioren vertritt.

Landkreise sind berechtigt, die Zuwendungen an kreisangehörige Städte und Gemeinden weiterzuleiten.

4 Zuwendungsvoraussetzungen

Förderfähig ist das ehrenamtliche Engagement als gewählte/r Seniorenbeauftragte/r sowie als gewähltes Mitglied in einem Seniorenbeirat. Sowohl die/der Seniorenbeauftragte als auch der Seniorenbeirat arbeiten eigenständig, konfessionell sowie verbands- und parteipolitisch unabhängig.

5 Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

- 5.1 Die Zuwendung wird im Rahmen der Projektförderung als nicht rückzahlbarer Zuschuss in Form der Festbetragsfinanzierung gewährt. Sie kann ausnahmsweise als Vollfinanzierung bewilligt werden.
- 5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben sind Sachausgaben, die zur fach- und sachgerechten Durchführung der Vorhaben gemäß Nr. 2 in den Landkreisen und kreisfreien Städten benötigt werden.

Dazu zählen insbesondere:

- 5.2.1 notwendige sächliche Verwaltungsausgaben, wie Büro- und Schreibbedarf, Porto- und Kommunikationskosten,
 - 5.2.2 Ausgaben für notwendige Anschaffungen, wie Beschaffung von Büro-, EDV- und Telekommunikationstechnik sowie Veranstaltungsequipment,
 - 5.2.3 Reisekosten der gewählten Seniorenbeauftragten und Seniorenbeiräte sowie der für Veranstaltungen und Projekte nach Nr. 5.2.6 vertraglich gebundenen Honorarkräfte nach dem Thüringer Reisekostengesetz,
 - 5.2.4 Ausgaben für Fort- und Weiterbildungen,
 - 5.2.5 Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit,
 - 5.2.6 Ausgaben für Veranstaltungen und Projekte, wie Honorarausgaben, Mietausgaben für Veranstaltungsräume und Technik.
- 5.3 Die Landesförderung beträgt in der Regel bis zu 5.800 Euro pro Landkreis/kreisfreier Stadt und Jahr.

6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Weitergabe der Zuwendung durch die Erstempfänger (vgl. Nr. 3)

Sofern der Erstempfänger ein Landkreis ist, werden die Mittel in der Regel an kreisangehörige Städte oder Gemeinden in Form eines Zuwendungsbescheides unter Beachtung der folgenden Vorgaben weitergegeben:

- 6.1.1 Es gelten die jeweils gültigen landesrechtlichen Vorschriften, insbesondere Haushalts- und Vergaberecht.
- 6.1.2 Der Zweck der Zuwendung, die zuwendungsfähigen Ausgaben sowie der Bewilligungszeitraum im Bescheid an die Letztempfänger sind nach Maßgabe des Bewilligungsbescheides an den Erstempfänger festzusetzen.
- 6.1.3 Als Zuwendungsart ist die Projektförderung festzulegen, als Finanzierungsart die Voll- oder Festbetragsfinanzierung und als Finanzierungsform die nicht rückzahlbare Zuwendung.
- 6.1.4 Gegenüber dem Letztempfänger ist ein Prüfrecht für die Bewilligungsbehörde einzuräumen. Dem Landesrechnungshof steht Kraft Gesetz ein Prüfrecht zu (vgl. § 91 ThürLHO).
- 6.1.5 Die Bewilligungsbehörde erhält vom Erstempfänger einen Abdruck des Bewilligungsbescheides an den Letztempfänger.

6.2 Statistische Daten

Für das Controlling benötigte statistische Daten sind auf dem entsprechenden Formblatt zu führen und mit dem Verwendungsnachweis nach Nr. 7.3.1 vorzulegen.

7 Verfahren

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides sowie die Rückforderung und Verzinsung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu § 44 ThürLHO, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

7.1 Antragsverfahren

Anträge auf Förderung sind von den Erstempfängern bis zum 31. Oktober des Vorjahres schriftlich bei der GFAW – Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH, Warsbergstraße 1, 99092 Erfurt, einzureichen. Die Antragstellung ist unter Verwendung der bei der GFAW erhältlichen Formblätter vorzunehmen.

Bei später eingehenden Anträgen entscheidet die GFAW im Rahmen noch verfügbarer Haushaltsmittel über eine Aufnahme in die Förderung des jeweiligen Jahres.

7.2 Bewilligungs- und Auszahlungsverfahren

Die Zuwendung wird von der GFAW bewilligt und nach schriftlicher Beantragung ausgezahlt.

7.3 Nachweis und Prüfung der Verwendung

7.3.1 Der Verwendungsnachweis ist durch den Zuwendungsempfänger nach Nr. 6 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk) zu führen. Abweichend von Nr. 6.1 ANBest-Gk erfolgt die Vorlage des Verwendungsnachweises bis spätestens zum 30. Juni des folgenden Jahres bei der GFAW. Mit dem Nachweis über die zweckentsprechende Verwendung sind die erforderlichen statistischen Angaben für das Controlling nach Nr. 1.3 einzureichen. Die GFAW stellt hierfür entsprechende Formulare zur Verfügung.

7.3.2 Die GFAW, das für Seniorenpolitik zuständige Ministerium und die von ihm Beauftragten sind berechtigt, die zweckentsprechende Verwendung der Mittel beim Zuwendungsempfänger zu prüfen. Die Prüfungsrechte des Rechnungshofes (§ 91 ThürLHO) bleiben hiervon unberührt.

8 Schlussbestimmungen

Soweit die sachlichen bzw. örtlichen Gegebenheiten dies erfordern, kann das für Seniorenpolitik zuständige Ministerium im Einzelfall Abweichungen von dieser Richtlinie zulassen, wenn hierfür unabweisbare und unvorhergesehene Gründe vorliegen.

9 Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 1. Januar 2018 in Kraft und am 31. Dezember 2018 außer Kraft.

Erfurt, den 13. Februar 2018

gez.

Heike Werner

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie